

Berlin als Zechenbesitzer?

Zur heutigen Stadtverordneten-Sitzung.

Die Väter der Stadt Berlin stehen heute vor einer folgenschweren Entscheidung: sie haben in geheimer Sitzung darüber zu beschließen, ob Berlin sich eigene Gruben sichern soll, um seine Gasgewinnung auf andere aussichtsreichere Grundlagen zu stellen. Wir haben in Nummer 107 der „Vossischen Zeitung“ vom 28. Februar in dem Aufsatz „Städtische Finanzen und Werke — Neue Wege für die Gasgewinnung“ darauf hingewiesen, daß auf die bisherige Weise, bei der das Gas das Haupterzeugnis der Fabrikation ist, die Entwicklung der Gaswerke nicht weiter gehen kann. Nur wenn der im volkswirtschaftlichen Interesse unbedingt notwendige Spaltungsprozeß der Kohle so durchgeführt werden kann, daß das Gas als billiges Nebenprodukt fällt, kann die Fortentwicklung der Gasindustrie in der früheren, finanziell erfolgreichen Weise weiter erfolgen.

Berlin hat seinen Gaspreis von 12,3 auf 16 Pfennig den Kubikmeter erhöhen müssen, um nur einen geringen Ueberschuß zu erzielen. Wenn die Kohlensteuer angenommen wird (woran kaum zu zweifeln ist), wird dieser Ueberschuß sich in einen Fehlbetrag verwandeln. Was dann? Soll der Gaspreis weiter erhöht werden? Das ist ein sehr gefährliches Beginnen. Man veranlaßt dadurch manchen Abnehmer sich nach einem Ersatz für Gas umzusehen. Nicht die Erhöhung der Gaspreise verbürgt die Rentabilität, sondern — wie schon früher ausführlich dargelegt — die veränderte Betriebsform. In Rheinland und Westfalen liefern verschiedene Zechen Gas frei Behälter Gaswerk mit 2,5 bis 3,7 Pfennig den Kubikmeter und machen dabei kein schlechtes Geschäft. Die Hauptsache ist ihnen nämlich der Kokerbetrieb, also die Gewinnung des gut bezahlten Koks; dabei erhält man Gas als Nebenprodukt. Warum sollen die Berliner Gaswerke nicht auch zum Kokerbetrieb übergehen? Die notwendige Vorbedingung hierfür sind geeignete Fettkohlen. Ihren Besitz in genügendem Umfange muß sich erst die Stadt sichern, wenn ihre Gaswerke zu dem aussichtsreicheren Kokerbetrieb übergehen sollen. Allzu viel Fettkohlenfelder, auf die nicht schon auf Jahrzehnte hinaus Beschlag gelegt ist, gibt es in Westfalen — nur dort sind überhaupt Fettkohlenfelder vorhanden — nicht mehr. Wenn also der Stadt Berlin ein verhältnismäßig günstiges Angebot gemacht worden ist — und das scheint, nach dem, was bisher über das Gutachten der bergtechnischen Sachverständigen in die Öffentlichkeit durchgesickert ist, der Fall zu sein —, so sollte man zugreifen. Gewiß bedarf es bei Millionenobjekten gründlicher Prüfung. Aber vor lauter Ueberlegung sollte man das Handeln nicht verabsäumen. Die Finanzpolitik der Stadt Berlin weiß ja leider von manch verpassten Gelegenheiten zu erzählen.

oc.